



Vorlage Stadtparlament

vom 30. Juni 2009

Nr. 0712

Stadtparlament: Postulate

Postulat Andreas Bernhardsgrütter: Ostwind-Firmenabo für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt St.Gallen; Frage der Erheblicherklärung

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat Ostwind-Firmenabo für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt St.Gallen wird **nicht erheblich** erklärt.

Andreas Bernhardsgrütter sowie 25 mit unterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 19. Mai 2009 das beiliegende Postulat "Ostwind-Firmenabo für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt St.Gallen" ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1 Ausgangslage

Um das Potenzial an ÖV-Kunden im Pendlerbereich noch besser nutzen zu können, lancierte der Tarifverbund Ostwind im Jahre 2006 das „Firmenabo“, wie dies der Zürcher Verkehrsverbund schon seit Jahren kennt. Das Firmenabo ist ein Jahresabonnement, das im ganzen Ostwind-Verbundgebiet, d.h. flächendeckend auf allen Bahn und Buslinien in den vier Kantonen AI, AR, SG und TG gültig ist. Der Arbeitgeber vergünstigt das Jahresabonnement der Mitarbeiterin bzw. des Mitarbeiters mit einem fixen oder mit einem prozentualen Betrag. Es sind verschieden hohe Firmenbeiträge möglich. In der Vergünstigung durch den Arbeitgeber inbegriffen ist ein Mitarbeiterrabatt auf das Abonnement zwischen Wohn- und Arbeitsort



sowie ein Beitrag von durchschnittlich CHF 150 für die Erweiterung des Firmenabos auf das ganze Ostwind-Verbundgebiet.

Beispiel im Falle des Modells Einheitsrabatt in CHF:

Herr Muster wohnt in Wattwil und arbeitet in St.Gallen bei der Stadtverwaltung. Das Jahresabo für fünf Zonen in der zweiten Klasse kostet gemäss Tarif CHF 1'440. Mit einem von der Stadtverwaltung vergünstigten Firmenabo reduzieren sich die Kosten für das Jahresabo von Herrn Muster bei einem angenommenen Rabatt von CHF 200 auf CHF 1'240; zusätzlich wird der Geltungsbereich des Abos auf das ganze Ostwind-Netz ausgedehnt. Die Stadtverwaltung vergütet dem Tarifverbund Ostwind in diesem Falle Kosten von CHF 360.

Beispiel im Falle der Wahl des Modells Einheitsrabatt in Prozent:

Das Jahresabo von Herrn Muster vergünstigt sich bei einem Rabatt von 25 % um CHF 360 und kostet ihn nur noch CHF 1'080. Die Stadtverwaltung übernimmt bei der Wahl dieses Modells ebenfalls einen Betrag von CHF 360.

Bis heute beteiligen sich zehn Unternehmen am Firmenabo, darunter die Kantone Thurgau und Appenzell AR. Im Kanton Thurgau wurde das Firmenabo auf den 1. Januar 2008 eingeführt. Die Beteiligung des Arbeitgebers beträgt 30 Prozent, was einem jährlich wiederkehrenden Firmenbeitrag von CHF 400 je Firmenabo entspricht. Bis jetzt haben rund 10 Prozent der Mitarbeitenden von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Der Kanton Appenzell AR bietet das Firmenabo seit 2007 allen Lernenden und Praktikanten an. Sie erhalten CHF 100 an das Abonnement. Bis jetzt haben rund drei Viertel der 31 Anspruchsberechtigten von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Zu bemerken ist, dass die wenigsten Lernenden in Herisau wohnen und somit bis anhin schon für den Arbeitsweg auf den ÖV angewiesen sind.

2 Stadtverwaltung St.Gallen

Bereits im Dezember 2005, kurz vor Einführung des Firmenabos durch den Tarifverbund Ostwind, befasste sich der Stadtrat mit dem Angebot. Es wurden verschiedene Modelle gerechnet, wobei von der Annahme ausgegangen wurde, dass etwa ein Viertel des städtischen Personals und der Lehrpersonen Zielgruppe für ein Firmenabo sein könnte. Dies hätte je nach Mitarbeitendenrabatt zu hohen jährlich wiederkehrenden Kosten zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geführt (s. Berechnung unter Ziff. 3.2 hienach).

Aufgrund der damals errechneten Kosten wurde das Projekt Firmenabo im Dezember 2005 nicht weiter verfolgt. Im Frühjahr 2007 wurde auf Empfehlung des Verkehrsrates der Verkehrsregion St.Gallen unter Leitung des kantonalen Personalamtes St.Gallen eine Projekt-



gruppe eingesetzt, welche Entscheidungsgrundlagen betreffend Zweckmässigkeit der Einführung eines Firmenabos in den Verwaltungen der Kantone AR, AI, SG und TG sowie der Stadt St.Gallen erarbeiten sollte. Diese Projektgruppe wurde indes nicht aktiv. In der Zwischenzeit haben die Kantone Thurgau und Appenzell AR das Firmenabo eingeführt, wenn auch mit ganz unterschiedlichen Ansätzen. In der Stadtverwaltung wäre für eine mögliche weitere Prüfung unabdingbar gewesen, dass mit der durch die Stadt vergünstigten Abgabe des Firmenabos auch ein Umsteigeeffekt vom individuellen Verkehr zum öffentlichen Verkehr erzielt werden könnte.

3 Neubeurteilung

3.1 Beurteilung der Auswirkungen der Abgabe des Firmenabos

Zweifellos ist mit der Abgabe des Firmenabos eine gewisse Profilierung der Stadtverwaltung als umwelt- und ÖV-freundliche Arbeitgeberin verbunden. Das allein kann aber nicht ausschlaggebend sein für die Inkaufnahme der daraus entstehenden beträchtlichen zusätzlichen Kosten zulasten der Stadt. Vielmehr ist die Abgabe eines Firmenabos grundsätzlich von einem Umstieg vom individuellen auf den öffentlichen Verkehr abhängig zu machen. Aufgrund des sehr eingeschränkten Parkplatzangebotes im Bereich der Verwaltung kann indes davon ausgegangen werden, dass die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für den Arbeitsweg bis anhin schon die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Dies gilt insbesondere auch für die jüngeren Mitarbeitenden und die Lernenden. Es ist deshalb naheliegend, dass die Einführung des Firmenabos nur einen sehr geringen Effekt bezüglich Umstieg auf den ÖV hätte. Die Vergünstigung stellt damit weniger einen Anreiz zur Wahl des öffentlichen Verkehrsmittels als vielmehr eine Massnahme mit Bezug auf die Entlohnung dar.

Ebenso wenig ist, wie im Postulatstext ausgeführt wird, mit einer Einsparung bei den Spesen zu rechnen. Für dienstliche Reisen stehen den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung unpersönliche Generalabonnemente zur Verfügung, die im Übrigen gegen ein Entgelt auch an Wochenenden und während der Woche für private Fahrten zur Verfügung stehen, soweit sie nicht für dienstliche Fahrten beansprucht werden. Zudem vergütet die Stadt Mitarbeitenden die nötigen Abonnemente, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Kosten für die Dienstfahrten die Kosten eines Abonnements erreichen. Von Einsparungen bei den Spesen durch die Einführung des Firmenabos kann im Übrigen schon deshalb nicht ausgegangen werden, weil die Zielorte der dienstlichen Reisen in den allermeisten Fällen ausserhalb des Gebietes des Ostwind-Tarifverbundes liegen.



Wie weit die Ausdehnung auf den ganzen Ostwind Verkehrsverbund Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten in der Freizeit und in den Ferien hätte, lässt sich kaum zuverlässig abschätzen.

3.2 Kosten des Firmenabos

Die Kosten, welche mit der Einführung des Firmenabos neu anfallen werden, bewegen sich, je nach gewährtem Rabatt, in der Höhe von jährlich zwischen CHF 162'500 und CHF 287'500. Im Folgenden ist das Modell Einheitsrabatt in CHF gerechnet worden und zwar für einen Rabatt zwischen CHF 100, 150, 200 und 300. Ausgegangen wurde, wie schon bei der ersten Modellrechnung im Jahre 2005, von der Annahme, dass ein Viertel des städtischen Personals sowie der Lehrpersonen vom Angebot Gebrauch machen würden.

Modell Einheitsrabatt in CHF:

MA-Rabatt (Vergünstigung)	Firmenbeitrag pro Abo	Kosten/Jahr
CHF 100	CHF 260	CHF 162'500
CHF 150	CHF 310	CHF 193'750
CHF 200	CHF 360	CHF 225'000
CHF 300	CHF 460	CHF 287'500

Das Modell Rabatt in Prozenten müsste aus Sicht der Stadtverwaltung als lokale Organisation differenzierter beurteilt werden, da bei diesem Modell jene Mitarbeitenden mit dem längsten Arbeitsweg die grösste Preisreduktion erhielten. Die Stadt entrichtet für die Wohnsitznahme in der Stadt eine jährliche Zulage von CHF 3'461 aus, was für die Verwaltung und die Betriebe mit CHF 2,750 Mio. zu Buche schlägt. Sie schafft damit bewusst einen Anreiz, in der Stadt zu wohnen. Die Abgabe des Firmenabos wäre für jene Mitarbeitenden, die bereits ein Streckenabonnement besitzen und den ÖV benutzen, sei es für den Arbeitsweg und/oder in der Freizeit, eine willkommene Zusatzleistung der Arbeitgeberin Stadt. Da auch in anderen Bereichen Revisionen in personalrechtlichen Angelegenheiten anstehen, die nicht zum Nulltarif zu haben sein werden – bspw. der Einbau der Inkonvenienzpauschalen in den versicherten Lohn oder die Erhöhung der Zahl der Ferientage für die jüngeren Mitarbeitenden - ist es angezeigt, bei der Gewährung von zusätzlichen Nebenleistungen Zurückhaltung zu üben.



Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Postulat vom 19. Mai 2009

